

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 24

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kommentar

Dienstverweigerung als Menschenrecht?

Dr. Hans Saner, Philosoph und Publizist, Beirat von «tell» und «Migros-Frühling», gehört zu den Fortschrittlichen unserer Zeit, welche die eigenössische Konkordanzdemokratie als politischen Selbstbetrug betrachten und es bedauern, dass nicht heftiger gekämpft wird für die Gerechtigkeit nach ihren Vorstellungen. Ausserhalb des linken Kuchens stossen seine Ausführungen als unwissenschaftlich, einseitig und polemisch auf Ablehnung. Sein Name hat die Runde durch die Medien gemacht, als er nicht an die philosophische Fakultät der Universität Bern berufen worden ist, was bei linken und neo-liberalen Medienschaffenden das übliche Lamento gegen «Repression» und Berufsverbot ausgelöst hat.

Nun hat Dr. Saner eine neue Probe seines politischen Stils abgelegt. In der Studentenzeitung «Synthese» vom Juli 1980 hat er sich zu folgender Behauptung verstiegen:

«Es geht mir ganz einfach um die politische Anständigkeit. Wir leben in einem Land, das den Militärdienstverweigerern auf eine schamlose, diktatorische Art grundlegende Menschenrechte verweigert, mit Hilfe einer Justiz, die nun wirklich nicht über jeden Verdacht erhaben ist.»

Es ist ein Glück für den Urheber dieser Diffamiation, dass die schweizerische Justiz den Tatbestand der staatsfeindlichen Propaganda nicht kennt, der in Moskau zur Verbannung des Atomwissenschaftlers und Menschenrechtskämpfers Sacharow geführt hat. Das Anstandsgefühl und das Demokratieverständnis von Dr. Saner müssen von besonderer Art sein, wenn er die Anwendung der bei uns nun wirklich demokratisch entstandenen Rechtsordnung und ihrer Vorschriften für die Erfüllung der verfassungsmässig festgelegten allgemeinen Wehrpflicht als «schamlos und diktatorisch» bezeichnet.

Zu dieser Auffassung von politischem Anstand passt auch seine unzutreffende Behauptung, dass «den Dienstverweigerern... ein grundlegendes Menschenrecht verweigert» wird. Die UNO-Menschenrechtsdeklaration vom 10. Dezember 1948 kennt kein Menschenrecht auf Dienstverweigerung. Wohl aber legt sie in Artikel 29 fest:

«Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist.»

Damit ist festgehalten, dass die Anwendung des allen Sozialisten lieben Grundsatzes

«Gemeinnutz geht vor Eigennutz»

keine Menschenrechtsverletzung darstellt. Es ist also durchaus rechtmässig und in Ordnung,

wenn der Einzelne dazu angehalten wird, zum Wohle und zum Schutze der Allgemeinheit Dienst zu leisten, sei es in der Feuerwehr, in der Katastrophenhilfe oder im Militär.

Dr. Saner ist in der erwähnten Publikation darauf aufmerksam gemacht worden, dass die UNO-Deklaration kein Menschenrecht auf Dienstverweigerung statuiert, dass in der Schweiz Wehrpflicht und Militärdienst auf demokratische Weise normiert worden sind und dass bisher alle Versuche zu tiefgreifenden Veränderungen demokratisch abgelehnt worden sind, so dass die Widerhandlung gegen diese Normen nicht nur rechtswidrig, sondern auch undemokratisch und im Grunde auch unsolidarisch ist. Er wurde von der Zeitschrift «Synthese» zu einer Stellungnahme eingeladen, hat aber darauf verzichtet. Hat es ihm seine politische Anständigkeit verboten, einzugestehen, dass er mit unzutreffenden Behauptungen argumentiert hat und im Unrecht ist?

VP

Unsere Meinung

DDR-CH

Am 20. und 21. November 1980 war der DDR-Aussenminister Oskar Fischer zu einem offiziellen Besuch in der Schweiz. Das ist nicht überall gern gesehen worden. Auf den Leserbriefseiten kam starke Ablehnung zum Ausdruck. Selbst der SPS war diese zeitlich ungünstige Premiere lästig wegen des ohnehin ramponierten Anspruchs ihres Bundesrats Aubert («Basler Zeitung» 20. 11. 1980). Eine «Interessengemeinschaft gegen unnötige Staatsbesuche» forderte sogar die Wiederausladung des ostdeutschen Gastes.

Nachträglich musste es auffallen, dass die DDR in den letzten Monaten mehr Publizität als sonst hatte. Es waren Berichte zu lesen von Leuten aus Kreisen der Kirche oder der SPS, die den

ersten Deutschen Arbeiter- und Bauernstaat — teilweise als offiziell Eingeladene — bereist hatten.

Im letzten «ZeitBild» haben wir kurz die Reportage erwähnt, die David J. Katzenstein im «Freien Aargauer/Zürcher Volksrecht» veröffentlicht hat. Dass er es mit seinem Lobgesang nicht allen Parteigenossen getroffen hatte, zeigte ein Leserbrief des SEV-Sekretärs Robert Manser, der aufgrund eigener Erfahrungen schrieb, es müsse sich einer mit «fast oder ganz geschlossenen Augen oder dann zumindest mit einer rosaroten Brille» umgeschaut haben, um in der DDR einen «überaus normalen Staat» zu sehen (FA/VR, 14. 11. 80).

In der POCH-Frauenzeitschrift «emanzipation» (9/1980) berichtete die Psychologiestudentin Ursula Brunner von der Reise, die sie mit der Evangelischen Universitätsgemeinde Bern durch die DDR gemacht hatte. «Mühe hatte ich mit der Allgegenwart des Staatsapparats, der Partei. Sei es nun in Form von Spruchbändern oder Parolen, Polizisten oder Verboten und Vorschriften, der Staat ist überall, man hat das Gefühl, jeder Schritt werde reglementiert.» Sie scheint nicht gemerkt zu haben, dass dies die systembedingte Auswirkung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist.

Vierzehn Tage vor Aussenminister Fischer ist eine Delegation des Zentralkomitees der ostdeutschen «Sozialistischen Einheitspartei — SED» unter Führung des Politbüromitglieds Felfe in die Schweiz gekommen, um das PdA-Zentralkomitee zu besuchen. Ihre Aufgabe dürfte sowohl in der Ausrichtung der Schweizer Kommunisten auf die Ziele der Weltrevolution als auch in der Vorbereitung des Fischer-Besuchs bestanden haben. Jedenfalls forderte sie wie dieser die Fortsetzung des Entspannungsprozesses und die Festigung des Friedens. Wie das nach kommunistischen Vorstellungen auszusehen hat, ist zuletzt in Afghanistan demonstriert worden, eine Ausleungsart, die an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid aber nicht zur Diskussion gestellt werden soll.

MK

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZEITBILD** zu Fr. 34.- (Ausland sFr./DM 37.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name	Vorname
Strasse	PLZ, Ort
Datum	Unterschrift

FACETTEN zum Alltag drüben

Unsere Gratismedizin

Ueber meine Heimat, die Sowjetunion, wissen die Leute im Westen jedenfalls *etwas* Positives (ausser, dass Sacharow dort wohnt): Die Sowjetmenschen bauen den Kommunismus auf und geniessen darum unentgeltliche medizinische Versorgung. Manche allerdings in den psychiatrischen Kliniken, dann fallen sie für den Aufbau des Sozialismus-Kommunismus aus, aber wir sind ja 268 Millionen! Und wenn Chruschtschows Nachfolger dessen Versprechen auch nicht mehr erwähnen, dass wir im Jahre 1980 den Vollkommunismus haben würden — jedenfalls unsere Gratismedizin haben wir!

Nun, es gibt Ausnahmen. Wenn Sie über 60 sind, dazu — sagen wir — gelähmt oder sonst mit einem schweren unheilbaren Leiden behaftet, ja, dann wird kein Krankenhaus Sie aufneh-

men wollen, sondern Sie Ihren Angehörigen zur Pflege überlassen. Denn Sie könnten im Spital sterben! Jedes Spital aber hat einen Mortalitätsplan. Einen Plan, wie viele Leute sterben dürfen. Diesen Plan will kein Krankenhaus übererfüllen...

Ausnahmen gibt es natürlich. Es bestehen Krankenhäuser der «4. Verwaltung», im Volk die Kreml-Spitäler genannt. Dort ist alles anders. Dort ist auch die Pflege derart, dass die Genesungschancen normal sind — nicht wie in den gewöhnlichen Spitälern.

Wenn ich in einem gewöhnlichen Spital liegen muss, habe ich Glück, wenn ich mich noch bewegen kann, die Toilette im Korridor aufzusuchen vermag. Ansonsten liegt die ganze Hoffnung auf meiner Familie und meinen Freunden — was Essen und Körperpflege und Bettwäsche anbelangt. Denn bei uns kommen auf eine Krankenschwester 20 bis 25 Patienten; ihr Lohn (60 bis 70 Rubel) spornt sie ebenfalls nicht zu besonderen Anstrengungen an. So bleiben die Patienten sich selbst überlassen. Die Luft in den Zimmern legt davon Zeugnis ab.

Nun ist aber die Besuchszeit für alle (im gewöhnlichen Spital) streng begrenzt — von 16 bis 18 Uhr üblicherweise; in der chirurgischen, Wöchnerinnen- und Herzpatienten-Abteilung z. B. ist Besuch ganz untersagt. Nur wenn Ihr Verwandter so schwer krank ist, dass er dauernd jemanden bei sich braucht, können Sie — mit grosser Mühe — einen Passierschein beziehen und Ihren Patienten pflegen und ... verpflegen. Sie kochen zu Hause und bringen ihm dieses Essen; Sie wechseln ihm die Bettwäsche, die Sie zu Hause gewaschen haben. Nicht von ungefähr witzelt man: die Autobusse, die zu einem Krankenhaus fahren, bezeichnet man als Lebensmitteltransporter. Es gibt schliesslich auch Erkrankungen, bei denen spezielle Diät erforderlich wäre. Was habe ich meinen Angehörigen nicht alles ins Spital geschleppt, und wie viele Rubel und Dreirubelscheine bin ich losgeworden beim Personal, damit ich ihnen wenigstens anständiges Essen bringen durfte. Grobheiten von Schwestern bekommen Kranke wie Besucher gratis.

Die Medikamente werden, versteht sich, ebenfalls gratis ausgegeben im Sowjetspital. Falls sie vorhanden sind und falls sie bis zum Patienten gelangen. Die guten — nämlich die ausländischen — Medikamente sind aber chronisch defizitär. Der Arzt verschreibt Ihnen also Antibiotika (die sowjetischen Produkte gelten wegen ihrer Nebenwirkungen als gefährlich); eine normale Krankenschwester wird die ausländischen Tabletten jedoch behalten und dann verkaufen, und Ihnen verabreicht sie vielleicht ein Aspirin. Denn was Sie schlucken, ist «medizinisches Geheimnis». Die Tabelle stimmt: Arznei ausgegeben. Ein konkretes Beispiel. Gammalon wird in

Mitteilung

an unsere Abonnenten

Auf den 1. Januar 1981 wird der Abonnementspreis für das ZeitBild von Fr. 34.- auf Fr. 39.- erhöht werden müssen (Ausland Fr./DM 42.-, Lehrlinge + Studenten Fr. 25.-). Die Teuerung seit der letzten Erhöhung vor fünf Jahren beträgt im Durchschnitt 18%, im graphischen Gewerbe bis zu 20%. Wir selbst, als nichtgewinnstrebendes Unternehmen, sehen uns gezwungen, eine Anpassung von 15% vorzunehmen.

Diese Erhöhung wird uns erlauben, die in diesem Jahr begonnene Ausgestaltung von ZeitBild mit erweitertem Themenkreis, mehr Bildern und mehr Mitarbeitern weiterzuführen.

Wir treten ungern mit einer Abonnementspreiserhöhung an unsere Leser heran, die mit einer Erneuerungsquote von deutlich über 90% zu den treuesten auf dem Schweizer Zeitschriftenmarkt gehören. Wir hoffen aber, dass sie für diese Konsequenz aus der allgemeinen Lage Verständnis haben werden.

Redaktion und Administration
ZeitBild

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-

(Ausland Fr./DM 23.-)

Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)

Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr./DM 2.-)

Japan hergestellt, die Packung zu 50 Stück kostet etwa 4 Rubel, aber kaufen kann man es nur zu 1 Rubel die Tablette. «Alles zum Wohle des Menschen» ist denn auch einer der grundlegenden Slogans im Sowjetleben.

Wenn nun zum Wohle eines Menschen eine Operation unumgänglich wird, dann heisst das, dass seine Angehörigen viel Geduld, Zeit und selbstverständlich ... Geld aufbringen müssen. Zunächst 1 Rubel pro Person für den Concierge, um überhaupt ins Spital gelassen zu werden. Dann eine rechte Schachtel Pralinés (10 bis 15 Rubel) oder ein Flacon Parfum für die Schwester, damit sie Ihnen das Geheimnis verrät, wann Sie mit dem Arzt reden können, und wenn Sie erst beim Arzt sind — mit einer Flasche Cognac zu 20 bis 25 Rubel oder, wenn es eine Aertzin ist, mit Parfum und Blumen, ebenfalls an die 30 Rubel —, dann lassen Sie sich von ihm oder ihr den Weg zum Professor ebnen, um diesen dazu zu bewegen, die Operation selbst vorzunehmen und nicht irgendeinem Assistenten zu überlassen. Hier sind bereits Ziffern mit zwei und drei Nullen in der «Rechnung». «Rechnung» natürlich in Anführungszeichen, denn die medizinische Versorgung ist ja in der Sowjetunion gratis.

Valentina

Anlagehefte 4½%
Kassa-Obligationen 5½%

Anlageplus

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

Mehr Zins - Mehr Sicherheit.

Die Formel für den klugen Anleger.

Coupon

Bitte senden

Sie mir Ihre

Unterlagen

über Anlageplus.

Name

Strasse

PLZ/Ort

Vorname

Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 7611

Kraftproben in Polen bis wohin?

Zum Burgfrieden zwischen den Arbeitern und dem Regime ist es in Polen nicht gekommen. Die Atempause nach der Anerkennung des freien Gewerkschaftsbundes durch den Obersten Gerichtshof am 10. November war von kurzer Dauer. Seither haben die Arbeiter eine neue Kraftprobe bestanden, aber die Zeichen stehen nicht auf Befreiung, sondern auf Eskalation.

Die Konfrontationselemente, zeitweilig über-
tüncht, zeichnen sich wieder unerbittlich ab.

● Ein Teil des Machtapparates scheint bereit, die bereits getroffenen Vereinbarungen zunichte machen zu wollen. Das Umkippen kann bedeuten, dass diese Leute bereits mit der sowjetischen Intervention rechnen und nicht als Verräter am Sozialismus zur Rechenschaft gezogen werden möchten.

● Die Arbeiter reagieren darauf mit ausgesprochen politischen Forderungen, in deren Zentrum das Abrechnen mit Systemverbrechen steht. Regime und «Bündnispartner» haben der «Solidarnosc» ihre «unpolitische» Rolle nicht zugelassen; nun wünscht sie auch selber nicht länger, sie zu spielen.

● Das übrige Sowjetlager spricht — in einem Klartext wie nie zuvor — von den Bedrohungen seiner strategischen Interessen, von den konterrevolutionären und antikomunistischen Grundzügen der freien Gewerkschaften und ihres Chefs Walesa, vom Treiben des Westens «gegen Polen». Die Erfindung von der «imperialistischen Verschwörung» — das muss man ohne Illusion sehen — ist nicht nur ein Erklärungsbehelf angesichts uneingestehbarer Tatsachen; sie ist vielmehr der klassische Vorwand für das eigene ge-

waltsame Eingreifen, also direkte Interventionsvorbereitung.

Das reale Proletariat im irrealen Sozialismus

Die Parteiführung findet sich schon im allgemeinen schlecht oder auch gar nicht mit einem Zustand ab, in dem ihre Willkür nach unten eingeschränkt wäre. Offene Konflikte zwischen Parteichefs und Arbeiterklasse (sie tritt diesmal als Realität auf und nicht als ideologische Fiktion) haben in Tschenstochau (Czestochowa), Bielsko-Biala und Olsztyn stattgefunden.

Hier haben die Arbeiter selber — und nicht die «Solidarnosc»-Sprecher — die Absetzung von korrupten Partei- und Staatsfunktionären verlangt, und zwar nicht so sehr unter persönlichen Anschuldigungen als unter systemfeindlichen Slogans, wie «Weg mit dem neuen Parteigebäude; was wir an seiner Stelle brauchen, ist ein neues Spital für die gewöhnlichen Leute!» (so ein Stegreifredner unter den Arbeitern in Tschenstochau; er erhielt im Unterschied zu den «Solidarnosc»-Referenten den ungeteilten Beifall der ganzen Versammlung).

Das reale Proletariat ist in Osteuropa eben der Träger des fundamentalen Antikomunismus, weit ungebrochener als alle Dissidenten; das ist so, auch wenn sich das westliche politisch-publizistische Establishment gegen diese Erkenntnis sträubt.

Der Fall Narozniak: Wehret dem Wiederanfang

Das ist «nur» ein Stimmungsbild; für den jüngsten Testfall aber war der polnische Polizei- und Justizapparat besorgt.

Am 21. November durchsuchte der Staatssicherheitsdienst (Sluba Bezpieczenstwa) die Druckerei von «Solidarnosc» und verhaftete einen Mitarbeiter.

Grund dieses Vorgehens war das Dokument unter dem Kennzeichen DP 0581, verfasst durch den Generalstaatsanwalt Czubinski. Er ist kein gewöhnlicher Jurist; er hat seine ganze Karriere bei Sicherheitsdienst und Justiz vom Militär gemacht und hat den Rang eines Generals. Das Dokument stammt vom 30. Oktober. Es empfiehlt und erläutert Massnahmen gegen die «Solidarnosc»,



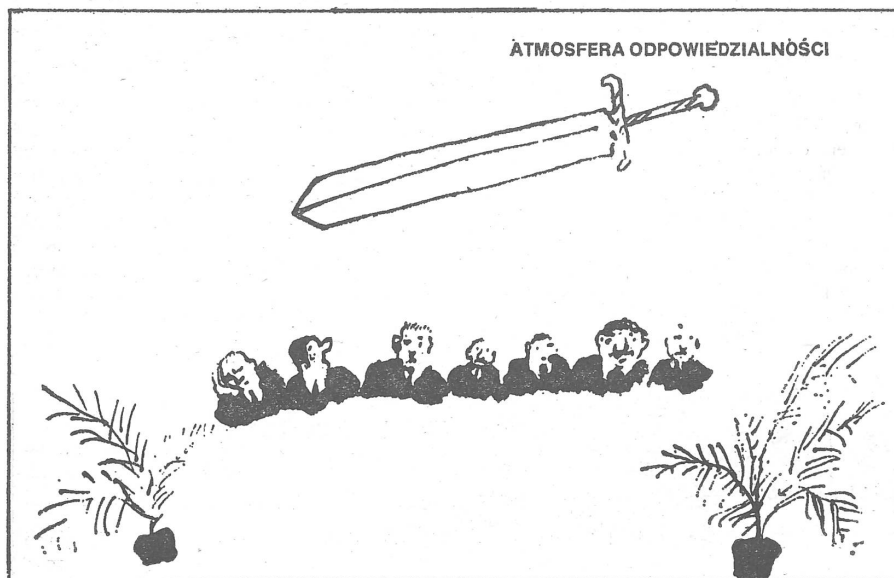
Mitmachen oder abwarten. («Szpilki», 16. 11. 1980)

deren Anerkennung damals verhindert werden sollte.

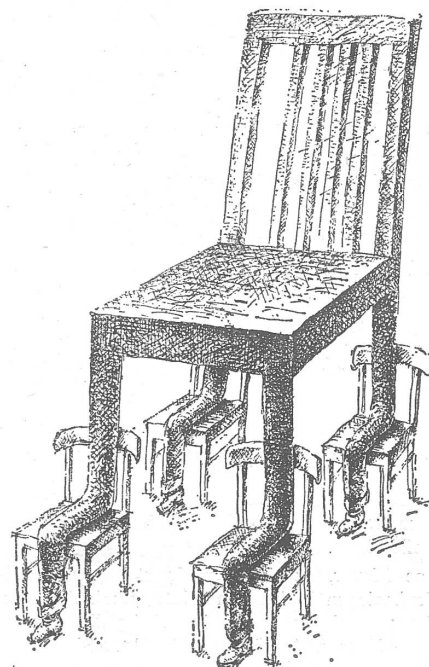
Ein junger Justizmitarbeiter namens Piotr Sapielo hat dieses Papier der freien Gewerkschaft zugespielt, im Sinne eines Dokuments mit Öffentlichkeitsanspruch.

Sowohl der «Solidarnosc»-Drucker Jan Narozniak als auch der Justizangestellte Piotr Sapielo wurden unter der Beschuldigung verhaftet (von drei weiteren Verhaftungen im Justizapparat war nur gerüchteweise die Rede), sie hätten Staatsgeheimnisse verraten. Demgegenüber hat die Juristische Fakultät der Universität Warschau bereits in einem ersten Gutachten festgehalten, das Dokument habe keine Staatsgeheimnisse enthalten, sondern politische Wertungen, die überdies öffentlichkeitskundig seien.

«Solidarnosc» reagierte auf die Verhaftungen mit einer Streikankündigung. Erste Warnstreiks fan-



Die Atmosphäre bei den Verantwortlichen. («Szpilki», Warschau, 16. 11. 1980)



Ohne Worte (z. B. Aufbau der Parteidemokratie). («Szpilki», 16. 11. 1980)

den schon vor dem Stichtag in der Traktorenfabrik Ursus sowie in den Werken FSO-Zeran und Rosa Luxemburg statt.

Man gibt sich in der «Solidarnosc» offenbar Rechenschaft darüber, was auf dem Spiel steht, wenn man «um des Friedens willen» die Wiederaufnahme von Verhaftungen unter den Arbeitern zulässt. Der diesbezügliche Slogan der Arbeiter lautete: «Dzisiaj Narozniak, jutro Walesa, pojutrze my wscisy», d. h. «Heute Narozniak, morgen Walesa, übermorgen wir alle».

Am 27. November sollte der Streik in ganz Warschau stattfinden, und am Tag darauf, 28. November, in ganz Polen.

Es kam nicht dazu. Angesichts der Geschlossenheit der Arbeiterschaft zog es die Staatsanwaltschaft vor, sich kompromissbereit zu verhalten. Die beiden Verhafteten sind freigelassen. Zwar ist ein Prozess gegen sie angekündigt, aber darauf sind die beiden Angeklagten geradezu erpicht. Sie wünschen, dass das Gericht das «geheime» Dokument verliert und die Öffentlichkeit erfährt, was die Generalstaatsanwaltschaft geschrieben hat.

Arbeiter fordern Abrechnung mit dem gesamten Justiz- und Sicherheitsapparat

Aber mit dem direkten Fall Narozniak, der soweit beigelegt ist, hat es nicht sein Bewenden. Vielmehr ist gewerkschaftlicherseits ein Angriff auf das Justizsystem und auf das System schlechthin erhoben worden.

Zugleich mit ihrer Streikdrohung haben die Gewerkschafter fünf Forderungen von offenkundiger politischer Brisanz erhoben:

1. Gegen den Generalstaatsanwalt Czubinski sei wegen Verbreitung unwahrer Information unter dem Deckmantel von Staatsgeheimnissen zu ermitteln und gegebenenfalls Anklage zu erheben.
2. Man müsse eine öffentliche Untersuchung über die verfassungswidrigen Aktivitäten von bestimmten Justizorganen führen.
3. Ebenfalls öffentlich zu untersuchen seien die Aktivitäten der sicherheitsdienstlichen Stellen insgesamt (!).
4. Die Ausgaben für den Sicherheitsdienst müssten zugunsten von Sozialausgaben für die ärmsten Bevölkerungsschichten reduziert werden.
5. Man habe die Verantwortungen und Verantwortlichen für die blutigen Repressionen gegen die streikenden Arbeiter in den Jahren 1970 und 1976 zu eruiert (!).

Gegenoffensive des Regimes: Vorsorgliche Anpassung an die Nachinvasionsordnung?

Die Regimevertreter ihrerseits, oder wenigstens wichtige Repräsentanten unter ihnen, sind zum Versuch eines «Roll back» angetreten.

Vor den Funktionären der alten Staatsgewerkschaften, deren versprengte Reste sich neu zu formieren beginnen, hat Ministerpräsident Pinkowski plötzlich wieder ein gewerkschaftliches Gemeinschaftsprogramm verlangt. Das läuft



Lech Walesa. Auf polnischen Schultern zum sowjetischen Galgen?

sicher auf die Gleichschaltung der getrennten Gewerkschaften hinaus und annähernd auf die Annullierung der Vereinbarungen vom 31. August, die der Staat ausdrücklich anerkannt hat. (Selbstverständlich will die «Solidarnosc» keine Vereinigung mit den alten Gewerkschaften, und schon gar nicht in deren Kielwasser.)

Die Eingriffsthesen sind vorgelegt

Vielleicht wollte Pinkowski «nur» Moskau beweisen, dass er sein Möglichstes versucht habe. Aber das ist dann kein Trost, sondern ein Indiz für die akut bedrohliche «internationale Lage».

Die Sowjetunion schickt schon seit längerer Zeit die DDR und die CSSR vor, wenn es um die Kampagne gegen Polen geht. Der Angriff von «Neues Deutschland» (22./23. November) gegen Lech Walesa, seinen «Antikommunismus» und seine «Entspannungsfeindlichkeit» stellt einen neuen Höhepunkt dar. Und die Prager Parteizeitung «Rude Pravo» spricht — schon eher wie gewohnt, aber intensiviert — von den «konterrevolutionären Plänen der USA und Chinas» samt andern «Feinden des Sozialismus im Weltmassstab».

Manche Beobachter im Westen finden den Stuss «einfach lächerlich». (Der Westen zittert ja wieder einmal vor jedem Engagement zurück, eifrig darauf bedacht, die Sowjets mit Nichteinmischungsversicherungen und Milliardenkrediten zu beschwichtigen. Als ob sich der Kreml durch westliche Zurückhaltung plötzlich von Aggressionen abhalten lassen würde; im Gegenteil, so etwas ermutigt ihn. Wie schon gehabt; wie bald wieder zu haben.)

Aber lächerlich sind die sowjetischen Lügen nicht. Wenn die Sowjets besonders offenkundig lügen, sollte man sich vor ihnen besonders in acht nehmen.

Unterdessen spricht Moskau bereits von der Bedrohung seiner strategischen Verbindungen. Man weiss, was die Sowjets tun, wenn sie sich bedroht zu fühlen belieben...

*

Hoffen wir, dass der Kreml noch Respekt vor den Polen hat. Dass er vor uns Respekt haben sollte, darauf haben wir kein Anrecht. *ddm/lcb*

«Gekreuzigte Hoffnungen»

Das Arbeiterdenkmal von Danzig im Bau

Ein präzedenzloses Monument in kommunistisch regierten Ländern ist in Polen in Bau: ein Denkmal für Arbeiter, die im Aufstand gegen eine kommunistische Obrigkeit gefallen sind.

Die Errichtung eines solchen Mahnmals hatte zu den Streikforderungen gehört, denen die Regierungsdelegation am 31. August in den Vereinbarungen von Stettin mit ihren 23 Punkten zugestimmt hatte.

Nach einem Entwurf von Bogdan Pietruszka wird das Denkmal gegenwärtig in der Danziger Werft tatsächlich gebaut. Es besteht aus drei schlichten, 42 Meter hohen Kreuzen aus rostfreiem Stahl, deren Arme ein Dreieck bilden, das die Arbeitersolidarität symbolisiert. An den Kreuzen hängen Messing-Anker; sie stellen die «gekreuzigten Hoffnungen» der Jahre 1956, 1970 und 1976 mit ihren Aufständen dar.

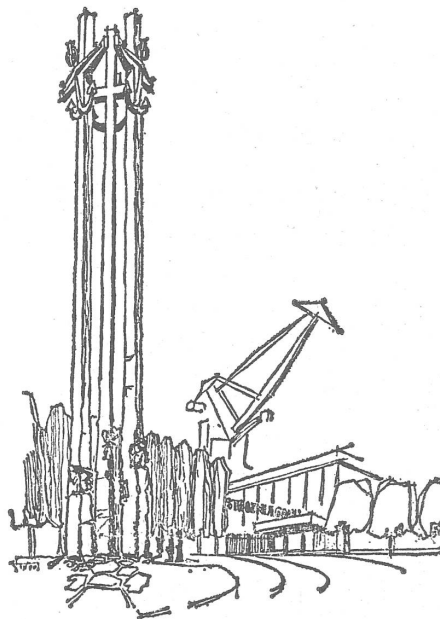
Am Fusse des Denkmals zeigen lebensgrosse Figuren das Leben der Werftarbeiter; einige von ihnen tragen ein Transparent mit der Aufschrift «Solidarität».

Eine Mauer, an der Pappeln stehen, und die Werftanlagen bilden den Hintergrund. Auf der Mauer werden auf der einen Seite die Namen der gefallenen Arbeiter angebracht. «Sie haben ihr Leben gegeben, damit du besser leben kannst.» Dazu ein Wort von Papst Johannes Paul II.: «Dein Geist komme und erneuere das

Antlitz dieser Erde. Amen.» Auf der andern Mauerseite ist ein Textfragment des exilpolnischen Schriftstellers und Nobelpreisträgers Czesław Miłosz zu lesen.

Das Denkmal soll am 16. Dezember, dem Jahrestag der tragischen Ereignisse von 1970, der Öffentlichkeit übergeben werden.

Wenn nichts dazwischenkommt. Auch die neue Hoffnung kann gekreuzigt werden. ■



Das Arbeiterdenkmal von Danzig. Skizze aus «Express Wieczorny», Warschau, 20. 11. 1980